



Für Rheinland-Pfalz als Industrieland ist die Gestaltung der Energiewende in der gegenwärtigen kritischen Situation der Versorgungsunsicherheit eine besondere Herausforderung. Die Chemie- und Pharma-Unternehmen, die metallverarbeitenden Betriebe und der Maschinenbau vom Großunternehmen bis zum Mittelstand richten ihre Strategien auf die Klimawende aus und gehen entschlossen den Pfad weg von fossilen Energien. Gleichwohl befinden sie sich momentan in der Situation von Krisenbewältigung und Zukunftsgestaltung. Bei entsprechend vorhandenen Ressourcen bauen Unternehmen eigene Anlagen zur regenerativen Energiegewinnung. Doch durch standortbedingte Faktoren sind Photovoltaikanlagen auf dem Dach oder Windkraftanlagen auf dem Firmengelände im Bestand nicht immer realisierbar. Und: Die produzierende Industrie in Rheinland-Pfalz wird auf Sicht Energieimport benötigen, um die enormen Bedarfe an Energie zu decken. Dies ist die Quintessenz des ZIRPzooms am 10. Oktober 2022 zum Thema „Industrielle Produktion in der Energiewende“.

Gemeinsam mit der Vorsitzenden der ZIRP, Dr. Sabine Nikolaus, Vorsitzende der Geschäftsführung der Boehringer Ingelheim Deutschland GmbH, und Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt, Mitglied im Vorstand der ZIRP, erörterten die Teilnehmenden in den Räumlichkeiten der LBBW Mainz Möglichkeiten und erforderliche Rahmenbedingungen, wie sich industrielle Produktion in den kommenden Jahren nachhaltiger aufstellen kann, aber auch: Unter welchen Voraussetzungen Rheinland-Pfalz ein Industriestandort bleiben wird. Impulse kamen von Dr. Bernd Vogler, Hauptgeschäftsführer der Chemieverbände Rheinland-Pfalz, und Michael Göke, Geschäftsführer der Enovos Renewables GmbH.

Energiesicherung im Zwiespalt

Dr. Sabine Nikolaus sprach vom Zwiespalt, in dem viele Industrieunternehmen zurzeit sind: Um ihren Energiebedarf zu decken, müssen vorübergehend fossile Brennstoffe genutzt werden, während gleichzeitig Technologien und Lösungen für Erneuerbare umgesetzt werden. Für Boehringer Ingelheim bedeute dies: Am Standort Ingelheim werde das Unternehmen Ende 2023 mit dem neuen Biomassekraftwerk autark, am Standort Biberach mussten

dagegen die Gasturbinen auf den Betrieb mit Dieselöl umgestellt werden. „Es ist eine ernste und herausfordernde Lage für die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz“, bekräftigte Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt. Rheinland-Pfalz sei ein energieintensives Land. Ein gutes Austarieren zwischen Krisenmanagement und den richtigen Weichenstellungen sei nun entscheidend:

„Jedes Unternehmen, das aufhört oder in die Insolvenz geht, ist eines zu viel. Deswegen ist es wichtig, jetzt aktiv zu werden.“

Die Ministerin bezeichnete Rheinland-Pfalz als Standort für Wasserstoff-Pipelines. In der Diskussion wurde schnell klar, dass Wasserstoff – von grün bis grau – als zügige Lösung zur Sicherung der Energie gesehen wird. Dr. Sabine Nikolaus brachte es auf den Punkt: „Wasserstoff, aber schnell!“

Jetzt entscheidende Weichenstellungen

Für die Chemiebranche, so Dr. Bernd Vogler, gehe es jetzt um entscheidende Weichenstellungen. Im bundesweiten Vergleich gehe es rheinland-pfälzischen Unternehmen gut. Allerdings machte Dr. Vogler deutlich: „Es gibt eine ungebremste Regulierungswelle, wie ich sie so noch nicht gesehen habe.“ Für die Chemieindustrie gelte: Transformation ja – aber die Produkte bleiben. Denn aus Gas und Öl mache die Chemieindustrie Produkte. Die grüne Transformation habe für die Chemiebranche ganz eigene Implikationen, produktionsbedingt könne man durch stoffliche Verwendung von Energieträgern wie Öl und Gas nur eingeschränkt auf sie verzichten, sei aber den Preisentwicklungen gleichzeitig ungenügend ausgesetzt. Gerade mittelständische Unternehmen seien akut in ihrer Existenz bedroht, dies könnte weitreichende Folgen haben:

„Wenn Chemie wegfällt, stehen Klärwerke still, dann ist unsere Infrastruktur nicht mehr funktionsfähig. Wir können gar nicht absehen, was der Ausfall einzelner Stoffe für Auswirkungen haben könnte.“

Die Vielseitigkeit der Chemie sei aber auch Schlüssel für eine erfolgreiche Transformation.



„Nachhaltigkeit und Energiepolitik haben schon immer eine große Rolle bei Boehringer Ingelheim gespielt.“

Dr. Sabine Nikolaus,
Vorsitzende der Geschäftsführung der Boehringer Ingelheim Deutschland GmbH



„Es geht um die Zukunftsfähigkeit des Industriestandorts Rheinland-Pfalz. Die Stärke und Handlungsfähigkeit unseres Landes hängt von der Stärke der Wirtschaft ab.“

Daniela Schmitt,
Staatsministerin für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz

„Der Strom- und Energiebedarf der Chemie wird nicht durch Erneuerbare Energie aus Rheinland-Pfalz zu decken sein. Wir brauchen Zufluss von außen“, appellierte Dr. Vogler. Verlässliche Planungen seien in Bezug auf Energieversorgungssicherheit unabdingbar:

„Momentan ist nicht klar, wo unser Mehrbedarf herkommt, und solange wird nicht investiert. Das sind keine Peanuts, die Branche ist auf diese Gelder angewiesen. Deswegen brauchen wir klare Botschaften.“

Wichtig seien verbindliche Zusagen zu Strom- und Wasserstoffimporten und den Bau der dazu nötigen Infrastruktur. „Wir stehen an einer entscheidenden Stelle unserer Wettbewerbsfähigkeit“, so Dr. Vogler, „aber wir können das mit Energieimporten schaffen.“

Einzigartiges Modellprojekt in der Südeifel

Wie trotz bestehender Unsicherheiten ein großes Projektvorhaben angegangen werden kann, zeigt das PV-Projekt Südeifel, das durch seine derzeit geplanten 11 Photovoltaik-Freiflächenanlagen eine Leistung von ca. 200 MWp generieren kann. Die Produktion entspricht einer Versorgung von 60.000 Haushalten, wobei der Strom sowohl Haushalten als auch Industriekunden über Power Purchase Agreements (PPA) zugutekommt. Michael Göke, Geschäftsführer der Enovos Renewables GmbH, stellte das Modellprojekt vor und bilanzierte dabei die rechtlichen und finanziellen Herausforderungen dieses einzigartigen rheinland-pfälzischen Energieprojekts.

Göke betonte die Bedeutung von Rechtssicherheit und finanzieller Planbarkeit. Vor diesem Hintergrund sei vorab und fortlaufend eine intensive Prüfung und Bewertung möglicher Risiken nötig. Es müsse mehr Geschwindigkeit in die Genehmigung von Erneuerbaren Energie-Anlagen, wobei sich hier grundsätzlich die Frage stellt: Wie kann der Genehmigungsprozess beschleunigt werden angesichts von Zielkonflikten von Tier- und Naturschutz gegenüber Landwirtschaft und Denkmalschutz? Der rechtliche Vorrang der Erneuerbaren Energien bei der Schutzgüterabwägung aus dem „Osterpaket“ des Bundeswirtschaftsministeriums komme in der Praxis noch nicht zum Tragen:

„Der Umgang mit Konflikten bei Vorgaben aus Natur- und Tierschutz und der Landwirtschaft muss klarer geregelt werden. Hier steckt noch großes Potenzial für schnellere Genehmigungsverfahren und für zusätzliche Flächen und Erneuerbare Projekte“.

Der Erfolg des Südeifel-Projektes sei jedoch nicht gefährdet. Langwierige Genehmigungsverfahren in Kombination mit globalen Faktoren bei Preisen und Lieferketten seien die momentane Herausforderung. Der Erfolg des PV-Projekts in der Südeifel sei im Wesentlichen auf die enge Zusammenarbeit des Projektteams mit den lokalen Partnern zurückzuführen. Dennoch gebe es nicht den einen Weg zum Ziel. Eine erfolgreiche Energiewende sei nur durch Vielfalt in der Energiegewinnung zu bewältigen.

Jetzt große Schritte gehen

Dr. Bernd Vogler betonte die Wichtigkeit des Dialogs zwischen Anbietenden und Nachfragenden; gleichzeitig brauche es aber eine Vielzahl von solchen Projekten wie das PV-Projekt Südeifel. Jedes weitere Zögern bedeute eine existenzielle Gefahr für mittelständische Unternehmen. Dies könne in der Summe massive Wohlstandsverluste zur Folge haben. Tobias Brosze, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Mainzer Stadtwerke AG pflichtete ihm bei:

„In der Vergangenheit war die größte Angst, den Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht zu viel zuzumuten. Nun haben wir die Chance, dass allen klar ist, dass alles viel schlimmer wird, wenn wir nicht gemeinsam agieren.“

Auch wenn einige Unternehmen momentan dazu gezwungen sind, auf Kompensationen zurückzugreifen, waren sich die Diskussionsteilnehmer einig, dass CO²-Kompensationen aufgrund der sinkenden Wirtschaftlichkeit keine langfristige Option seien. Der Schlüssel zu nachhaltiger Entwicklung liege in Rheinland-Pfalz selbst. So sieht es auch die Ressortministerin:

„Wir müssen den Weg der Transformation in diesen schweren Zeiten gemeinsam gehen und die Betriebe unterstützen, die keine eigene Forschung und Entwicklung besitzen.“



„Wir müssen im Land machen, was geht. Aber das rettet uns nicht, wir werden Energieimporte brauchen.“

Dr. Bernd Vogler

Hauptgeschäftsführer der
Chemieverbände Rheinland-Pfalz



„Der Umgang mit Konflikten bei Vorgaben aus Natur- und Tierschutz und der Landwirtschaft muss klarer geregelt werden. Hier steckt noch großes Potenzial für schnellere Genehmigungsverfahren und für zusätzliche Flächen und Erneuerbare Projekte.“

Michael Göke

Geschäftsführer der
Enovos Renewables GmbH